

„Die Mehrheit der Abgeordneten ist gegen die Interessen der Bürger!“



Schweinfurt / Berlin (10.01.2008) - Bilanz nach rund der Hälfte der Legislaturperiode zog nun Klaus Ernst, Abgeordneter der LINKEN in Berlin. Und das dort, wo die neuen Linken ihre Wurzeln haben: In seinem Wahlkreis Schweinfurt und da im Büro in der Hadergasse. Ernsts Überzeugung: „Wir vertreten die Mehrheit der Bevölkerung, wir sind die Stimme der Bürger. Sie hätten keine, wenn wir nicht da wären.“

Für den Mindestlohn, gegen die Rente mit 67, gegen hohe Managergehälter und gegen Kriegseinsätze - wofür DIE LINKE. sich einsetzt oder eben wogegen dürfte hinlänglich bekannt sein. „Einige Punkte stehen in Berlin nur deshalb auf der Tagesordnung, weil wir sie angesprochen haben. Wir haben die politische Landschaft radikal verändert.“ Die SPD tue hingegen nur so, „als ob auch die das ernsthaft will. Dort rechnet man aber nur damit, ansonsten Mandate zu verlieren“, fährt Ernst gewohnt scharfe Geschütze auf und vergleicht: „Je stärker DIE LINKE, desto sozialer ist Deutschland.“



Erreicht habe man in den etwas mehr als zwei Jahren einiges: Eine Zwangsverrentung unter 63 Jahren sei nicht mehr möglich, das Arbeitslosengeld 1 werde länger bezahlt. Das Jugendarbeitsschutzgesetz wurde nicht verschlechtert, die Unfallversicherung nicht reformiert. Alles auf Initiative der Linkspartei. „Das ist unsere Erfolgsgeschichte!“

In der zweiten Halbzeit wolle man weiter die soziale Gerechtigkeit vorantreiben, das Feld der Mindestlöhne beackern, die Rentendiskussion unvermindert anheizen. „2030 werden es Armutsrenten sein“, hat Klaus Ernst errechnet, „dann muss man 48 Jahre gearbeitet haben, um überhaupt das Niveau der Grundsicherung zu erreichen. Wer nur 75 Prozent des Durchschnittseinkommens verdient, für den lohnt es sich nicht mehr, Beiträge einzuzahlen.“ Eine Kampagne werde man demnächst den Medien vorstellen, den Renteneintritt mit 67 weiter nicht akzeptieren. Eine „Bürgerversicherung“ ohne Beitragsbemessungsgrenze als Gesundheitsmodell wolle DIE LINKE weiter vorantreiben, die Kinderarmut bekämpfen, für einen Ausbau der Familienleistungen sorgen. Und parallel dazu mischt Klaus Ernst auch im lokalen Wahlkampf mit und vorerst beim Unterschriften-Stimmenfang in seinem Wahlkreis, damit die Linkspartei überhaupt in den Stadt- und Kreisrat gewählt werden kann. „Ein Selbstläufer“, warnt der Bundestagsabgeordnete, „ist das nicht“.

